



Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend



# Leben in Vielfalt: Migrationsfamilien – zwischen Integration und Ausgrenzung.





**Marieluise Beck**  
Beauftragte der Bundesregierung für  
Migration, Flüchtlinge und Integration

## Liebe Leserin, lieber Leser,

Der Ruf nach besserer Integration ist mittlerweile unabhängig von der politischen Couleur in aller Munde. Nicht nur die täglichen Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels, internationale Wettbewerbsbedingungen oder die demografische Entwicklung machen dies nötig. Wer zu uns kommt, soll nicht nur hier sein, sondern auch dazugehören. Gerade in heutiger Zeit suchen Menschen überschaubare und verlässliche Räume, in denen sie ein Gefühl der Zugehörigkeit entwickeln können. Einwanderung und Integrationsförderung sind deshalb untrennbar miteinander verbunden.



**Norbert Hocke**  
Sprecher des Bundesforums Familie

Es gehört zu den Hypothesen der Vergangenheit, dass Integration nicht systematisch und konsequent gefördert wurde. Seit geraumer Zeit ist aber ein Wandel spürbar: Die Integrationspolitik orientiert und strukturiert sich auf allen Ebenen neu – sei es bei der Sprachförderung, der Migrationssozialarbeit, in Verbänden, der Bildungspolitik oder der Arbeitsförderung. Das stimmt zuversichtlich.

Umso wichtiger und richtiger ist es daher, dass das Bundesforum Familie nun den Blick darauf gelenkt hat, dass Integration meist kein Eingliederungsprozess einzelner Personen, sondern

ein „Familienprojekt“ ist. Statistisch betrachtet gibt es 1,7 Millionen Familien mit Migrationsbezug in Deutschland, seien es ausländische oder binationale Ehepaare, Lebensgemeinschaften oder Alleinerziehende. Sie gilt es mit einer zukunftsorientierten Familienpolitik noch mehr als bisher zu stärken und zu unterstützen. Denn Familien übernehmen bei der Integration eine wertvolle und kaum zu ersetzende Aufgabe. Unser Anliegen ist eine gleichberechtigte Teilhabe der Migrantinnen und Migranten am gesellschaftlichen Leben. Rechtsgleichheit und Chancengleichheit vor allem beim Zugang zu Bildung, in der Arbeitswelt und im unmittelbaren sozialen Umfeld sind unabdingbare Voraussetzungen dafür.

Es geht aber nicht nur um mehr Rechte und Förderung der Migrantinnen und Migranten, sondern auch um die deutsche Aufnahmegesellschaft. Integration ist ein wechselseitiger Prozess aller, die gemeinsam und gleichberechtigt in einem Gemeinwesen leben wollen. Hierfür brauchen wir starke Partner und alle gesellschaftlichen Kräfte. Gemeinsam werden wir dem Ziel einer modernen Integrationspolitik ein großes Stück näher kommen.

## Grundsätze und Perspektiven einer familienorientierten Integrationspolitik

### Gleichberechtigte Teilhabe – Chancengleichheit – Rechtsgleichheit

In Deutschland findet seit Generationen Zuzug und Auswanderung statt. Menschen verschiedener Herkunft, verschiedener kultureller Prägungen und unterschiedlicher Glaubensrichtungen leben hier miteinander: Deutschland ist ein Einwanderungsland. Die Anerkennung der kulturellen Vielfalt und das Ziel eines gleichberechtigten Neben- und Miteinanders heterogener Bevölkerungsgruppen auf der Basis unserer Verfassung sind dabei die wichtigsten Eckpunkte. Das erfordert Anstrengungen von beiden Seiten.

Für die Aufgabe der Integration kommt der Familie eine zentrale Bedeutung zu. Hier werden Kontakte und Wissen vermittelt für die Orientierung im fremden Land. Die Familie bedeutet für ihre Mitglieder einen Identität stiftenden Bezugspunkt, federt psychische und soziale Belastungen ab und stellt notwendige Infrastruktur zur Verfügung. Die Bedeutung der Familie für das Gelingen von Integration wurde lange Zeit unterschätzt.

Integration kann nur gelingen, wenn die Prinzipien der gleichberechtigten Teilhabe, der Chancengleichheit und der Rechtsgleichheit umgesetzt werden.



Das vollständige Manifest kann  
bestellt werden unter  
[info@bundesforum-familie.de](mailto:info@bundesforum-familie.de)

## Selbstdarstellung Bundesforum Familie

Das Bundesforum Familie übernimmt als bundesweiter Zusammenschluss gesellschaftlich tätiger Kräfte durch seine zz. knapp 100 Mitglieder aktiv Verantwortung für eine familienfreundliche Gesellschaft. Zur Verbesserung und Weiterentwicklung familienfreundlicher Rahmenbedingungen entwickelt das Bundesforum Vorschläge, die dem Grundsatz der Nachhaltigkeit entsprechen sollen. Im Sinne dieser aktiven Verantwortung und Selbstverpflichtung wirkt das Bundesforum Familie sowohl nach außen in Politik und Gesellschaft hinein als auch in die eigenen Organisationen, indem die Erkenntnisse in den jeweils eigenen Arbeits- und Einflussbereichen so weit wie möglich umgesetzt werden. Die Mitgliedsorganisationen leisten damit ihren Teilbeitrag im Rahmen des Bundesforums Familie und stellen sich gleichzeitig in die Gesamtverantwortung für die Gesellschaft.

Das Bundesforum Familie arbeitet auf Projektbasis jeweils zu einem inhaltlichen Schwerpunkt mit einer Laufzeit von in der Regel zwei Jahren. Die Gesamtergebnisse einschließlich der themenbezogenen Vorschläge des Bundesforums werden dokumentiert und veröffentlicht. Bisherige Themen waren von 2000 bis 2002 „Familie und Medien – vernetzte Familie“ und von 2003 bis 2004 „Migrationsfamilien – zwischen Integration und Ausgrenzung“.

# Bildung als Voraussetzung für Chancengleichheit

! Bildung ist der Schlüssel zu politischer Teilhabe, Chancengleichheit und Partizipation. Das Bundesforum Familie betrachtet Bildung in einem erweiterten und umfassenden Sinn, der über die Schul- und Berufsbildung hinaus sämtliche Bildungsorte einbezieht und zudem Bildung nicht mit der Ausbildung enden lässt, sondern über diese Lebensspanne hinweg betrachtet. Dafür ist eine interkulturelle Öffnung aller Einrichtungen, in denen Bildung stattfindet, von großer Bedeutung.

Wichtig für die Integration von Familien mit Migrationshintergrund ist die positive Bewertung der Mehrsprachigkeit. Der in seiner Notwendigkeit unbestrittene Erwerb der deutschen Sprache tritt nicht an Stelle, sondern erweitert parallel die ersprachlichen Kenntnisse. Von frühkindlicher Bildung, bilingualen Bildungseinrichtungen und schulischer Ganztagsförderung profitieren alle Kinder, gleich welcher Herkunft. Zur Verwirklichung von Chancengleichheit hält das Bundesforum Familie auch den Ausbau der frühkindlichen Bildung und die Einrichtung und den Ausbau von Ganztagsschulen für nötig.

Große Bedeutung kommt der Ausbildung von pädagogischem Personal zu. Grundlegende interkulturelle Kompetenzen sind stärker zu berücksichtigen und zu fördern. Erziehung in der Familie und Erziehung in öffentlichen Einrichtungen müssen sich ergänzen.

## Projekt: „Kinderwelten“ – vorurteilsbewusste Pädagogik, Petra Wagner, Institut für den Situationsansatz an der FU Berlin

! „Alle Kinder sind gleich. Jedes Kind ist besonders.“

Beides ist richtig – und stellt eine große Herausforderung an Erziehungs- und Bildungseinrichtungen. Wie können die gleichen Rechte und Bildungsansprüche von Kindern zur Geltung kommen, während sie gleichzeitig in sehr unterschiedlichen Lebensverhältnissen leben und sehr unterschiedliche Voraussetzungen und Möglichkeiten haben, sich die Welt lernend anzueignen? Die Unterschiede in Bezug auf sozialen Status, Herkunft, Sprache(n), Religion, Geschlecht, sexuelle Orientierung, Behinderung oder Beeinträchtigung – wie kann man sie zum Thema machen, ohne Kinder und ihre Familien zu stigmatisieren? Wie kann „Gleichheit in der Differenz“ realisiert werden?

Dies waren die Ausgangsfragen für das Berliner Projekt „Kinderwelten“. In einem vierjährigen Entwicklungsprozess wurde das Modell **Vorurteilsbewusster Bildung und Erziehung für Kindertageseinrichtungen** entwickelt. Bereits kleine Kinder nehmen Unterschiede wahr und beginnen sehr früh, aus den bewertenden Botschaften über Menschen ihre eigenen Schlüsse zu ziehen und so etwas wie „Vor-Vorurteile“ zu entwickeln. Diese gehen ein in ihre Bilder von sich selbst, von ihren Familien und in ihre Vorstellungen über andere Menschen.

Kindertageseinrichtungen sind keine Schonräume. Auch hier zeigen sich Auswirkungen gesellschaftlicher Ungleichheiten. Damit „Vor-Vorurteile“ kleiner Kinder nicht zu manifesten Vorurteilen werden, brauchen sie vorurteilsbewusste Erwachsene, die Einseitigkeiten und Diskriminierungen erkennen und kompetent dagegen angehen können. Kinder brauchen Kindertageseinrichtungen, in denen sie selbst in ihrer Besonderheit wahrgenommen und ermutigt werden, wozu insbesondere ihre Familienkultur gehört. Erleben sie hier Respekt für die

Vielfalt in der Kindergemeinschaft und in ihrer Umgebung und auch eine klare Positionierung gegen Ausgrenzung und Diskriminierung, so sind sie besser in der Lage, mit Unterschieden zu leben und gleichzeitig unfairern Verhalten und Denken zu widerstehen.

Im Projekt „Kinderwelten“ wurde pädagogische Praxis in diesem Sinne verändert. Die Praxisideen und Erfahrungen werden nun verbreitet und weiterentwickelt. In einem auf Bundesebene angelegten Folgeprojekt werden ab 2005 etwa 40 Kindertageseinrichtungen in vier Projektregionen in Deutschland diesen Ansatz einführen. Das Ziel ist eine vorurteilsbewusste Qualitätsentwicklung von Bildung und Erziehung.

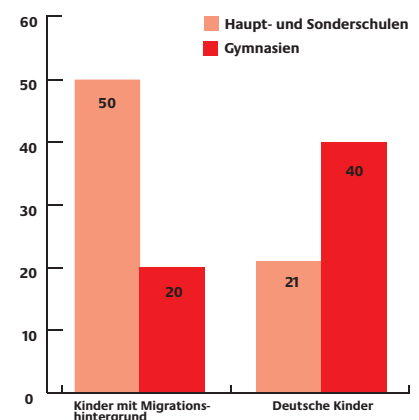
### Literatur



### Kontakt:

Petra Wagner  
Internationale Akademie für innovative Pädagogik, Psychologie und Ökonomie gGmbH, Institut für den Situationsansatz,  
Projekt Kinderwelten  
Tel.: 0 30/9 02 98 35 36  
E-Mail: kinderwelten@mailberlin.net  
www.kinderwelten.net

### Bildung bei Kindern mit Migrationshintergrund



## Kinderbetreuung: Auf den Anfang kommt es an!

! Bei uns in Deutschland besteht Konsens darüber, dass wir eine bessere Betreuung, Bildung und Erziehung unserer Kinder brauchen. Dies ist im Sinne einer guten Entwicklung der Kinder und hilft Eltern, Familie und Beruf besser übereinzubringen. Eine gut ausgebauten Kinderbetreuung ist auch für eine gelungene Integration unerlässlich. Wir brauchen ein bedarfsgerechtes Angebot für alle Altersgruppen:

Zeitlich flexibel, bezahlbar und vielfältig, in Kindergärten und bei der Kleinkindbetreuung, in Einrichtungen

oder durch Tagesmütter, in bürgerschaftlicher Eigeninitiative oder über kommerzielle Dienstleisterinnen und Dienstleister. Das Betreuungsangebot für die unter dreijährigen Kinder soll verbessert und der hohe Versorgungsgrad in Ostdeutschland gehalten werden. Die Bundesregierung hat deshalb das Tagesbetreuungsbaugesetz auf den Weg gebracht, das ab Januar 2005 den Ausbau regelt. Mehr Informationen unter [www.bmfsfj.de](http://www.bmfsfj.de)

# Chancengleichheit und Teilhabe in der Arbeitswelt

I Migrationsfamilien tragen zur gemeinschaftlichen Wohlstandssicherung und Stärkung der Volkswirtschaft bei. Der Arbeitsmarkt ist auf Zuwanderung angewiesen und wird dies auch in Zukunft in starkem Maße sein. Migrationsfamilien nehmen im Hinblick auf den Wandel der Arbeitswelt eine besondere Position ein. Ihre Kompetenzen finden auf dem Arbeitsmarkt zu wenig Berücksichtigung.

Durch konkrete Anforderungsprofile, transparente Anerkennungskriterien im Rahmen eines Personalmanagements und gezielte Weiterbildungsangebote für alle Beschäftigten eines Unternehmens kann der Produktivitätsfaktor stärker genutzt werden.

Das Bundesforum Familie empfiehlt, u. a. Bestandsaufnahmen über die Personalzusammensetzung in den Verwaltungen und Organisationen durchzuführen und die Satzungen und Statuten der Verwaltungen, Organisationen und Verbände auf die Berücksichtigung von Interkulturalität zu überprüfen.

## Projekt: Interkulturelle Öffnung im Rahmen des Managementprozesses der Arbeiterwohlfahrt (AWO), Mark Becker, AWO Bundesverband e. V.

I Die Maxime des Interkulturellen ist in der AWO so definiert, dass in einer Einwanderungsgesellschaft jede soziale Dienstleistung und jedes soziale Handlungsfeld so zu gestalten ist, dass sich alle Menschen, und somit auch Migrantinnen und Migranten, entsprechend ihrer Handlungs- und Orientierungsmuster angenommen fühlen können.

Interkulturelle Öffnung wird als Qualitätsmerkmal begriffen. „Qualität“ ist ein relativer Begriff und beinhaltet Wertorientierungen, Normen und Vorstellungen der Beteiligten. Für die AWO setzt das Leitbild den Werterahmen, aus dem sich Leitorientierungen für die Gestaltung der sozialen Dienstleistungen ergeben. Muster-QM-Handbücher bilden dabei die Grundlage für die Umsetzung der Qualitätsanforderungen. Das fachliche Handeln ist zu operationalisieren und es ist ein Verfahren zu implementieren, das die Umsetzung und Überprüfung der Ziele sichert.

Interkulturelle Öffnung als Qualitätsmerkmal im Prozess der Organisationsentwicklung benötigt einen Top-Down-Prozess. In den höchsten Gremien der AWO wurde der politische Wille zur interkulturellen Öffnung der Einrichtungen und Dienste und ein anschließendes passendes Verfahren zur Umsetzung in allen Fachbereichen zusammen mit den dortigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern beschlossen. Dies ist verbunden mit der Aufforderung, den Bedürfnissen von Migrantinnen und Migranten in allen Einrichtungen konzeptionell, organisatorisch und personell zu entsprechen.

Dieser Prozess benötigt Zeit und Struktur. Neben der Entwicklung eines interkulturellen Leitbildes sind vor allem Bestandsaufnahmen zu leisten, Konzepte und Arbeitshilfen zu erstellen, Positionspapiere zu erarbeiten, Fortbildungen anzubieten und Modellversuche durchzuführen, und dies alles möglichst flächendeckend in allen Arbeitsfeldern der AWO. Die Handlungsschritte für die konkrete Arbeit vor Ort sind dabei im Prinzip:

- Verankerung der Ideen in die Leitbilder und Konzepte der Einrichtungen
- Entwicklung von Zielen und überprüfbaren Handlungsschritten daraus
- Diese mit den Bedürfnissen der potenziellen Nutzerinnen und Nutzer übereinbringen
- Zugangsbarrieren, die man dabei entdeckt, abbauen
- Qualifizierung des vorhandenen Personals
- Entsprechend neues Personal einstellen
- Vernetzung und Kooperation mit allen Beteiligten während des Prozesses
- Sozialraumorientiert arbeiten

**Hinweis Migrationsnewsletter:**  
**Katholische Arbeitsgemeinschaft Migration**  
Newsletter KAM info migration  
Tel.: 07 61/20 03 79  
E-Mail: kam@caritas.de  
www.kam-info-migration.de

**Migration und Bevölkerung**  
www.migration-info.de

**Forum Migration**  
**DGB-Bildungswerk**  
E-Mail:  
migration@dgb-bildungswerk.de  
www.migration-online.de

**E & C**  
www.eundc.de

**Weitere Hinweise:**  
**Stiftung Zentrum für Türkei-studien**  
Türkiye Arastirmalar Merkezi Vakfi  
(Institut an der Universität  
Duisburg-Essen)

Hat eine Bestandsaufnahme der Konzepte für die Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern in deutschen Verbänden und Organisationen erstellt (gefördert durch das BMI)

Ansprechpartnerin:  
Fatma Temur  
Tel.: 02 01/3 19 83 31  
E-Mail: haida@zft-online.de

**Kontakt:**  
**AWO Bundesverband e. V.**  
Büro Berlin  
Mark Becker  
Tel.: 0 30/2 63 09-2 48  
E-Mail: bek@awobu-awo.org  
www.awo.org

## Lokale Bündnisse für Familie: Chance für Integration

I In den Lokalen Bündnissen setzen sich Partnerinnen und Partner aus Wirtschaft, Unternehmen, Kommunen, Kirchen und Verbänden an einen Tisch, um vor Ort die Bedingungen für Familien zu verbessern. Die Initiative bietet damit auch für die Integration von Migrantinnen und Migranten gute Voraussetzungen: Durch die direkte Anbindung der Bündnisse an die täglichen Bedürfnisse der Menschen in Städten und Gemeinden können die

Belange der Migrantinnen und Migranten unmittelbar mit einbezogen werden. Bereits 1 Jahr nach dem Start der Lokalen Bündnisse für Familie zeichnet sich mit über 130 gegründeten Bündnissen ein vielversprechender Erfolg der Initiative ab. Informationen und Ansprechpartner unter:  
[www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de](http://www.lokale-buendnisse-fuer-familie.de)

# Integration findet im sozialen Nahraum statt

Das Zusammenleben in Wohngebieten und Gemeinden sowie die Öffnung und Nutzung der sozialen Infrastruktur sind wesentliche Gradmesser für Partizipation. Um das Zusammenleben positiv zu gestalten, gilt es, die Identifikation aller Bewohnerinnen und Bewohner mit ihrem Umfeld zu stärken. Die Beteiligung der Betroffenen an politischen Entscheidungen fördert diese Identifikation. Auch könnten die bestehenden sozialen Dienste sowie Bildungseinrichtungen und Beratungsstellen von Menschen mit Migrationshintergrund durch den Abbau (bürokratischer) Schwellenängste noch intensiver genutzt werden.

Für unverzichtbar hält das Bundesforum Familie eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der sozialen Dienste. Eine Vernetzung und Kooperation der öffentlichen Einrichtungen mit Einrichtungen in freier Trägerschaft und mit Selbstorganisationen von Migrantinnen und Migranten ist wünschenswert und notwendig.

Familiennahe Angebote wie Kinderbetreuung, Sprachförderung, Beratungs- und Bildungseinrichtungen, Vereinsangebote sollten verstärkt und vernetzt werden. Orten wie Kindergärten oder Familienbildungsstätten kommt eine zentralere Bedeutung für die Kommunikation im Stadtteil zu, sie müssen entsprechend gefördert werden.

## Projekt: Interkulturelle Öffnung sozialer Dienste und Umstrukturierung in einer Verwaltung, Ulrike Klug, Stadtjugendamt München

Interkulturelle Orientierung ist die Umsetzung einer strategischen Ausrichtung, die anerkennt, dass unterschiedliche Gruppen mit unterschiedlichen Interessen in unserer Stadtgesellschaft leben und dass diese Gruppen sich in ihren Kommunikations- und Repräsentationsmitteln unterscheiden.

Im Stadtjugendamt München wird seit 1996 die konsequente Nutzung der Steuerungsverantwortung mit dem Ziel der interkulturellen Öffnung der eigenen Institution und der anderen bezuschussten Einrichtungen vorangetrieben. Die neuen Verwaltungsstrukturen basieren auf einem 3-Säulen-Modell.

Das **Neue Steuerungsmodell** (= Instrument und Verfahrensweise) hat die Verbesserung der Kundinnen- und Kundenorientierung und die Erhöhung von Effektivität und Effizienz in der Verwaltung zum Ziel. Ausgangspunkt sind Produkte, die Ziele, Zielgruppen, Mindeststandards und Kosten definieren. Gemeinsam werden Ziele vereinbart, Standards festgelegt und Ergebnisse sowie Wirkungen evaluiert.

Die **Sozialplanung** (= Zielebene) formuliert Ziele in einem partizipativen Prozess mit allen Beteiligten auf allen Hierarchieebenen.

Das **Qualitätsmanagement** (= Prozessebene) verbessert die Prozessqualität, verankert die Sichtweise der Nutzerinnen und Nutzer und verschafft den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen Orientierungsrahmen.

In München werden vor allem zwei Wege zur Umsetzung beschritten:

### 1. Beispiele für die Organisationsorientierung:

Visionen, Ziele und Leitbilder zur interkulturellen Öffnung werden vom Stadtrat, vom Sozialreferat, vom Jugendamt und von den Produktteams formuliert.

Interkulturelle Orientierung und Öffnung wird als Querschnittspolitik umgesetzt.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und Teams werden fortgebildet.

QM-Prozesse mit interkulturellen Fragestellungen wurden in Produkten des Jugendamtes und bei Migrationseinrichtungen gefördert.

Beteiligung an dem Projekt „Transfer interkultureller Kompetenz“ der iaf Berlin.

Kooperation mit der AWO in einem Projekt zur interkulturellen Mediation (KiK).

### 2. Beispiele für die Sozialraumorientierung:

Das Stadtgebiet ist aufgeteilt in 16 Sozialregionen. Der Feldansatz ist jeweils konzentriert auf die Einrichtungen in einem abgegrenzten Sozialraum.

Sachverständige für Migrationsfragen: ein Modellprojekt, das sich mit der regionalen Entwicklung in München beschäftigt, um den Zugang zu regionalen Angeboten für die Migrationsbevölkerung und deren Einbindung in die sozialräumlichen Strukturen zu fördern.

Interkulturell orientierte Qualitätsentwicklung im Sozialraum: ein Modellprojekt mit dem Ziel, durch eine strukturorientierte Strategie nachhaltig zu einer interkulturellen Orientierung und Öffnung von sozialen Diensten beizutragen.

Beide Projekte werden in unterschiedlichen Sozialregionen Münchens umgesetzt.

### Literatur:

Handschuck Sabine/  
Schröder Hartmut (2002):  
Interkulturelle Orientierung und  
Öffnung von Organisationen.  
In: Neue Praxis, Heft 5,  
(S. 511–521)

Landeshauptstadt München,  
Sozialreferat/Stadtjugendamt  
(Hg.)(2003):  
Handschuck S./Schröder H.:  
Qualitätsmanagement in  
München: Vom instrumentellen  
Gebrauch zur strategischen  
Orientierung



### Kontakt:

**Stadtjugendamt  
München**

Ulrike Klug

Tel.: 0 89/23 32 09 37

E-Mail:

[ulrike.klug@muenchen.de](mailto:ulrike.klug@muenchen.de)

[www.muenchen.de](http://www.muenchen.de)

## Impressum

Herausgeber:  
Bundesministerium  
für Familie, Senioren, Frauen  
und Jugend  
11018 Berlin  
www.bmfsfj.de

Bundesforum Familie  
c/o Arbeitsgemeinschaft der  
deutschen Familienorganisationen  
(AGF) e. V.  
Courbièrestraße 12  
10787 Berlin  
Tel.: 0 30/21 96 25 13  
Fax: 0 30/21 96 26 38  
E-Mail: info@bundesforum-  
familie.de  
www.bundesforum-familie.de

V. i. S. d. P: Brigitte Winkler,  
Geschäftsführerin

Publikationsversand der  
Bundesregierung  
Postfach 48 10 09  
18132 Rostock  
Tel.: 0 18 88/80 80 800  
Fax: 0 18 88/10 80 80 800  
E-Mail: publikationen@bundes-  
regierung.de

Bildnachweis:  
Magda Göller

Stand:  
März 2005

Gestaltung:  
KIWI GmbH, Osnabrück

Druck:  
DruckVogt GmbH, Berlin

Diese Broschüre ist Teil der Öffent-  
lichkeitsarbeit der Bundesregie-  
rung; sie wird kostenlos abgege-  
ben und ist nicht zum Verkauf  
bestimmt.

Für weitere Fragen nutzen Sie  
unser  
Servicetelefon: 0 18 01/90 70 50\*  
Fax: 0 18 88/5 55 44 00  
Montag–Donnerstag 7–19 Uhr

\* nur Anrufe aus dem Festnetz, 9–18 Uhr  
4,6 Cent, sonst 2,5 Cent pro angefangene  
Minute

## Anforderungen an Verbände und Organisationen – praxisbezogen

Die Umsetzung in den Verbänden und Organisationen  
ist auf drei Ebenen notwendig:

■ Präsidiumsbeschlüsse als Administrations- und Struktur-  
vorgabe

■ (Modell-)Projekte bzw. konkrete Aktivitäten als Motor an  
der Basis

■ Erfahrungen, Wissen, Analysefähigkeiten

Sowohl für den Bereich der Wirtschaft als auch für die Ver-  
bände und Organisationen ist eine gezielte Organisations-  
und Personalentwicklung notwendig.

Die Satzungen, Statuten und Personalentwicklungskon-  
zepte der Verwaltungen, Organisationen und Verbände  
sind auf die Berücksichtigung von Interkulturalität zu über-  
prüfen und gegebenenfalls zu ergänzen.

Die Mehrsprachigkeit als grundlegendes Prinzip ist stärker  
zu berücksichtigen.

Angebote, Konzepte und Projekte der Einrichtungen und  
sozialen Dienste sollten daraufhin überprüft werden, ob sie  
den Anforderungen an einen gemeinsamen sozialen Nah-  
raum gerecht werden. Insbesondere gilt das für eine um-  
fassende interkulturelle Öffnung aller Einrichtungen.

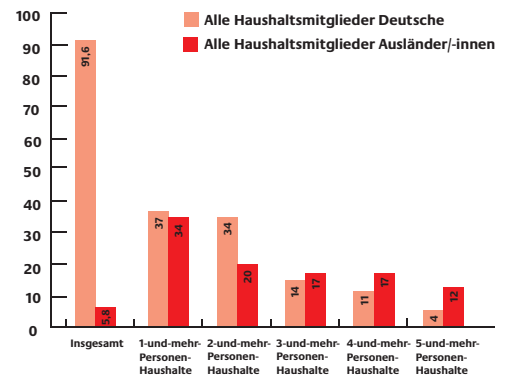
Die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten an (Ent-  
scheidungs-)Prozessen in Institutionen des sozialen Nah-  
raums ist stärker zu fördern bzw. als ein wesentliches  
Element von Integration zu begreifen.

Verstärkung der gemeinsamen Arbeit mit Migrantinnen-  
und Migrantenorganisationen.

Regelmäßige Durchführung von Fortbildungen und Train-  
ings zur interkulturellen Öffnung von Organisationen,  
Verbänden, Verwaltungen und sozialen Einrichtungen.

Überverbandlichen Austausch zu Konzepten, Ressourcen,  
Dienstleistungen organisieren und verbindliche Struktu-  
ren dafür abstimmen.

### Privathaushalte 1999 nach Staatsangehörigkeit und Haushaltsgröße



## Zehn gute Gründe

warum sich eine interkulturelle Öffnung lohnt:

- ... weil die Ressourcen der zugewanderten Bevölkerung – Mehrsprachigkeit, Flexibilität, Eigeninitiative, der Wille zum sozialen Aufstieg – der Aufnahmegesellschaft die Chance bieten, kreativ mit Vielfalt, Akzeptanz und Offenheit umzugehen.
- ... weil die Bereitschaft zur Integration eine Qualifizierung der Organisationen und Institutionen bedeutet.
- ... weil im wechselseitigen sozialen Prozess der Integration alle Beteiligten vom gegenseitigen Erfahrungsschatz und unterschiedlichen Kompetenzen profitieren.
- ... weil die Einbeziehung von migrationspezifischen Inhalten und Strukturen eine gezielte Interessenvertretung und eine effiziente Kommunikation ermöglichen.
- ... weil in Organisationen und Verbänden ein nachhaltiges und sensibles Bewusstsein im Umgang mit Ängsten, Vorbehalten und Vorurteilen geschaffen werden kann.
- ... weil die Partizipation von Migrantinnen und Migranten im Beruf und im sozialen Umfeld sowohl deren Identifikation mit der neuen Heimat stärkt als auch das Zusammenleben mit der einheimischen Bevölkerung selbstverständlich macht.
- ... weil die Erweiterung der Angebotsstruktur der Institutionen für migrationspezifische Bedürfnisse Brücken zu Familien nichtdeutscher Herkunft baut.
- ... weil die Vielfalt in der pluralistischen Gesellschaft schon besteht und durch die Öffnung der Institutionen eine gleichberechtigte Manifestation möglich wird.
- ... weil die internationale Kommunikation in einer globalen Gesellschaft erleichtert wird.
- ... weil sie für eine zukunftsorientierte Familienpolitik der einzige Weg ist.